

» Einmischen erwünscht?!



Prof. Dr. Ulrich Klemm

Geschäftsführer Sächsischer Volkshochschulverband e.V.
klemm@vhs-sachsen.de

Auf einer ‚Bundesplanungstagung‘ in Leipzig fragten über 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Volkshochschulen und Einrichtungen der politischen Bildung nach den Ursachen und einem adäquaten Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus im

Bildungskontext. Die Beispiele von Pegida und Legida nahmen dabei einen breiten Raum ein. In Praxisbeispielen wurden Methoden und Formate vor-

gestellt, die zum Einmischen aktivieren sollen. Die Rolle der politischen Erwachsenenbildung als Initiator und Intermediär von gesellschaftlichen Beteiligungsprozessen wurde vielfältig diskutiert.

Die Tagung realisierte parallel Workshops, Theorie-seminare, Talks und Good-Practice-Präsentationen. Eingerahmt wurde das Programm von zwei Podiumsgesprächen, einem Fishbowl und einem rollenden Podium. Zudem bot Leipzig mit einer in unmittelbarer Umgebung des Tagungsortes stattfindenden Demonstration von Legida-Anhängern und deren Gegnern eine lebensnahe Kulisse, die direkt Auswirkungen auf die Tagung hatte, da eine vorgeführte GPS-Bildungsrouten durch die Stadt zufällig auch mitten durch diese Stimmungen führte.

Auf dem ersten Podium am Montag diskutierten Prof. Dr. Klaus Ahlheim und Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung: Beide einte die Haltung, dass die politische Erwachsenenbildung nicht primär den Auftrag hat, sich mit radikalen, gewaltbereiten und antidemokratischen Gruppen auseinanderzusetzen, sehr wohl aber mit jenen Menschen, die in diese Richtung tendieren. Sehr kontrovers wurde dann im Plenum diskutiert, wo hier eine ‚roten Linie‘ zu ziehen sei. Am zweiten Tag kam es bei der Frage nach den Konsequenzen aus Pegida und Legida für die politische Bildungsarbeit zu einem engagierten Dialog zwischen Frank Richter, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen, und Stephan Bickhardt, Pfarrer und Bürgerrechtler aus Leipzig, denn: Wie weit trägt Dialogbereitschaft angesichts rassistischer und antidemokratischer Demonstranten? In beiden Podiumsgesprächen und auch in den Arbeitsgruppen wurde immer wieder ein aktueller Grundkonflikt der politischen Bildung thematisiert: Wo sind die Grenzen der Bildungsarbeit, wie weit dürfen und sollen wir gehen? Ab wann beginnt die Arbeit der Polizei, des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft? Wo ist die Grenze zur Sozialarbeit beziehungsweise wo sind die Schnittstellen?

Einig wurde man sich, dass es die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken gilt. Die eskalierenden Manifestationen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass auf Politiker und Presse in den neuen Bundesländern – und vor allem in Sachsen – hängen auch mit dem Nichtvorhandensein zivilgesellschaftlichen Engagements zusammen. So wurde festgestellt, dass sich die Pegida-Demonstrationen in Dresden von den

Die Tagung „Einmischen erwünscht?!“ fand im September an der VHS Leipzig statt.

Eine Dokumentation der Bundesplanungstagung mit Filmen findet sich unter <http://www.dvv-vhs.de/themenfelder/politischebildung.html>



Als Auftakt zur Fachkonferenz diskutierten zum Thema „Einmischen erwünscht?!“ (v. l. n. r.): Prof. Dr. Ulrich Klemm (Moderator und Geschäftsführer des Sächsischen Volkshochschulverbandes), Prof. (em.) Dr. Klaus Ahlheim (Professor für politische Erwachsenenbildung), Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung), Jürgen Kufner (Moderator und Direktor der VHS Dresden).

Legida-Demonstrationen in Leipzig dadurch unterscheiden, dass in Leipzig im Gegensatz zu Dresden die Gegendemonstranten immer in der Überzahl waren und sind. In Dresden gab es in den letzten zwölf Monaten keinen ‚Montags-Spaziergang‘ mehr, bei dem die Gegendemonstranten in der Mehrheit waren. Dass dies in Leipzig anders ist, hängt offensichtlich mit einer anderen bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kultur zusammen. Leipzig ist eine junge und weltoffene Stadt, in der ein breites Spektrum verschiedener kultureller Stile und Milieus aufeinander trifft, und Leipzig war auch ein zentraler Ort, von dem 1989 in der DDR die ‚Friedliche Revolution‘ ausging.

Für die politische Bildung heißt das: Die wesentliche Aufgabe besteht momentan darin, die Kräfte der demokratischen Zivilgesellschaft zu stärken und Mut zu machen, dass ‚Einnischen tatsächlich erwünscht‘ ist.

Auf der anderen Seite wurden seitens der Volkshochschulen aber auch sehr schnell die institutionellen Grenzen einer aufsuchenden und gemeinwesenorientierten politischen Bildungsarbeit deutlich. Nach wie vor beträgt der Anteil der politischen Bildung an den Volkshochschulen ca. 5% des Gesamtangebots und in vielen Fällen hat die politische Bildungsarbeit den Charakter eines ‚add on‘, eines ‚Obendrauf‘ nach dem Standardpflichtprogramm, ‚wenn noch etwas Geld vorhanden ist‘. Sie ist in Quantität und Qualität gleichsam optional. Angesichts dieses Dauerdilemmas wurden die auf der Tagung vorgestellten positiven Gegenbeispiele umso intensiver diskutiert.

Aus der Fülle an Mut machenden Beispielen seien einige exemplarisch erwähnt: Lothar Heusohn

stellte eine kontinuierliche politische Bildungsarbeit seit 70 Jahren an der Ulmer Volkshochschule vor, die aus dem antifaschistischen Geist der Geschwister Scholl und der ‚Weißen Rose‘ erwuchs und die Volkshochschule bis heute profiliert. Dominik Clemens stellte das Projekt ‚Partnerschaft für Demokratie‘ an der VHS Aachen vor und wies damit auf eine 30-jährige Tradition hin. Klaus-Peter Hufer, ein ‚Urgestein‘ der politischen Bildungsarbeit an Volkshochschulen (Kreisvolkshochschule Viersen), diskutierte VHS-Erfolgsfaktoren für eine kommunale Beteiligungskultur und Beate Tischer von der VHS Leipzig sprach vom ‚heißen Eisen‘ einer Bürgerbeteiligung im Kontext der Leipziger Legida-Demonstrationen. Ihr Credo für die politische Bildung lautet: ‚Manchmal muss man sich Aufgaben stellen, die man sich nicht selbst ausgesucht hätte‘. Sie wies damit auch auf einen entscheidenden Faktor der politischen Bildungsarbeit hin: auf die haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter/innen, die in den Einrichtungen mit einem hohen gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstsein politische Bildung realisieren, aber in vielen Fällen nur ‚Einzelkämpfer‘ mit einem minimalen Budget sind.

Thematisiert wurde auch die Wertigkeit der politischen Bildung im Ensemble der politischen Kultur insgesamt. Die ‚Sonntagsreden‘ der Politik in Krisenzeiten zur Stärkung der politischen Bildung sind schon fast unerträglich geworden, wenn man weiß, mit welcher minimalen Halbwertszeit sich die Politik und die Verwaltung später daran erinnern können. So brachte eine der Arbeitsgruppen das Fazit der Tagung auf den Punkt: *Mehr Politik wagen!*



In der Moderation von Angelika Kell (m.), Geschäftsführerin der Stiftung Bürger für Leipzig, wurden am zweiten Tag der Fachkonferenz Konsequenzen aus den Pegida/Legida-Demonstrationen für die politische Bildung kontrovers von Frank Richter, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (l.), und Stephan Bickhardt, Pfarrer und Bürgerrechtler (r.), diskutiert.